

## Presse- und Meinungsfreiheit den Rücken stärken



Baden-Württembergs ehemaliger Kultusminister Stoch ist im vergangenen Jahr gegen die FAZ vor Gericht gezogen. Diese Klage war nun Gegenstand einer Landtagsdebatte. Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Timm Kern, geißelte darin den Einschüchterungsversuch des Ministers und forderte die grün-schwarze Landesregierung auf, die Presse- und Meinungsfreiheit auch bei für sie kritischen Berichten und Meinungsäußerungen zu achten.

Das Negativbeispiel ist die Klage des damaligen SPD-Kultusministers. Kern erläuterte: "Die couragierte Journalistin Heike Schmoll hatte über eine Evaluation berichtet, die Missstände bei der Geschwister-Scholl-Gemeinschaftsschule in Tübingen aufzeigte. Statt daraufhin die aufgezeigten Probleme beim grün-roten Vorzeigeprojekt Gemeinschaftsschule anzugehen, versuchte der Kultusminister mit einer Klage hiervon abzulenken und kritische Journalisten einzuschüchtern."

### FDP erwartet klares Bekenntnis zur Pressefreiheit

Dieser ungute Umgang mit der Presse habe den Steuerzahler nach Angaben des Kultusministeriums 12.248,96 Euro gekostet – wobei die endgültige Kostenabrechnung noch ausstehe und die Arbeitszeit der Ministeriumsmitarbeiter nicht mitgerechnet wurde.

Kern unterstrich: "Der Pressefreiheit den Rücken zu stärken, erscheint uns Freien Demokraten derzeit notwendiger denn je. Denn wenn ein Vertreter der AfD-Landtagsfraktion Medienvertretern ‚Hetze‘ vorwirft, wie kürzlich im Ständigen Ausschuss geschehen, dann erwartet die FDP-Fraktion von allen Fraktionen mit freiheitlich-demokratischer Fundierung ein klares Bekenntnis zur Pressefreiheit."

### Vorrang für die Meinungsfreiheit

Außerdem habe es in der Vergangenheit laut Kern immer wieder Fälle gegeben, in denen insbesondere Schulleiter der Regierung gegenüber unbequeme Positionen bezogen hätten. "Die FDP-Fraktion ist stets alarmiert, wenn die Meinungsfreiheit berührt oder gar von Einschränkungen bedroht ist."

Deshalb habe sich die FDP sowohl in der Frage des Umgangs des Kultusministeriums der schwarz-gelben Landesregierung mit den sogenannten ‚Hauptschulrebell‘ im Jahre 2008 einerseits als auch beim Umgang der grün-roten Landesregierung mit dem Schulleiter-Aufruf für den Erhalt des gegliederten Schulwesens im Jahre 2011 andererseits in der Abwägung zwischen Meinungsfreiheit und beamtenrechtlich vorgeschriebenem Loyalitäts- und Mäßigungsgebot für den Vorrang der Meinungsfreiheit ausgesprochen.

---

**Quell-URL:** <https://www.liberales.de/content/presse-und-meinungsfreiheit-den-ruecken-staerken>